

Anschluss an die Seebrücke?

Die Forderung steht jetzt im Raum: Bottrop soll sich der Kampagne „Sicherer Hafen“ anschließen und Flüchtlinge aufnehmen. Die Politik entscheidet über den Beitritt

Von Carsten Liebfried

Die Stadt Bottrop soll sich der Kampagne „Sicherer Hafen“ der Seebrücke anschließen. Das ist die Botschaft, die der lokale Koordinierungskreis bei der Auftaktveranstaltung im Lichthof des Berufskollegs verkündet hat. Mit der Botschaft sind Wunsch und Hoffnung verbunden. Denn damit Bottrop offiziell ein Teil der Kampagne wird, muss die Politik erst noch grünes Licht geben.



„Erste Gespräche sind mit Ratsparteien geführt worden. Wir haben schon positive Rückmeldungen bekommen.“

Dagmar Kaplan, Flüchtlingshilfe

Zum Hintergrund: Seebrücke ist eine internationale Bewegung, die sich unter anderem mit allen Menschen solidarisiert, die sich auf der Flucht befinden. Sie fordert die Politik auf, sichere Fluchtwege zu schaffen und – gegebenenfalls – Menschen in Not aufzunehmen. Jede Stadt kann sich über einen Ratsbeschluss zu einem Mitglied der Kampagne erklären. Von elf Forderungen der Seebrücke muss mindestens eine beschlossen werden, um ein „Sicherer Hafen“ zu werden.

Deutschlandweit engagieren sich bereits 267 Städte. Im Revier sind

Die Auftaktveranstaltung des Koordinierungskreises der Aktion „Seebrücke – Sicherer Hafen Bottrop“ fand am Donnerstag im Lichthof des Berufskollegs statt.

FOTOS: THOMAS GÖDDE / FUNKE FOTO SERVICES

Städte wie Duisburg, Dortmund, Dinslaken, Hünxe, Bochum und Recklinghausen schon früher beigetreten. Geht es nach dem Koordinierungskreis, soll Bottrop bald folgen. „Erste Gespräche sind mit Ratsparteien geführt worden. Wir haben schon positive Rückmeldungen bekommen“, sagt Dagmar Kaplan von der Flüchtlingshilfe. Der gemeinnützige Verein gehört neben der evangelischen und katholischen Kirche, Arbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte (AGSB), Jugendparlament, Bündnis Buntes Bottrop und den Grünen bisher dem gegründeten Kreis an.

„Wir setzen uns für sichere Fluchtwege, staatliche Seenotrettungsmissionen und eine menschenwürdige Aufnahme von

Schutzsuchenden ein“, schreiben die Grünen in einem Statement. Ihrer Meinung nach sei nun die Zeit für die Kommunalpolitik gekommen, sich auch vor Ort stark zu machen. „Je schneller desto besser, es geht – mit dem Winter vor der Tür – um Menschenleben“, so die Grünen weiter.

Ausstellung „Grenzerfahrungen“

Der erste prominente Unterstützer hat sich im Lichthof per Videobotschaft zu Wort gemeldet. „Ich freue mich darüber, dass die Seebrücke in Bottrop ins Leben gerufen wird“, sagt Gereon Krebber. Aus Sicht des Bottroper Bildhauers und Kunstprofessors sei eine Lösung auf europäischer Ebene nicht der richtige Weg. „Der Weg geht über die Kom-

munen und über die Hilfe vor Ort“, meint er. Als wohlhabende Nation müsse man versuchen, seinen Beitrag zu leisten.

Dagmar Kaplan erinnert an die aktuelle Situation in Afghanistan und hofft, dass eine Entscheidung durch den Stadtrat noch in diesem Jahr stattfindet. Irmelin Sansen von der Flüchtlingshilfe betont noch einmal die Dringlichkeit. „Das Mittelmeer ist eine Todesfalle“, sagt sie. „Europa schottet sich ab.“ Um dies zu verdeutlichen, sind 16 Tafeln der Ausstellung „Grenzerfahrungen – Wie Europa gegen Schutzsuchende aufrüstet“ im Lichthof aufgestellt. Zum Beispiel wird erklärt, warum Menschen fliehen, wie Europa das Völkerrecht bricht und welche Rolle Geld bei Fluchtwegen spielt.



Die Gruppe „Flora Oriental“ sorgte mit zwei instrumentalen Stücken für die musikalische Begleitung im Lichthof.

Kontakt zur Seebrücke Bottrop

■ Wer sich bei der Seebrücke Bottrop engagieren möchte, kann sich bei Irmelin Sansen per E-Mail melden: irmelin.sansen@ev-kirche-bottrop.de. Mehr Informationen gibt es online unter www.seebruecke.org

■ Die Ausstellung „Grenzerfahrungen – Wie Europa gegen Schutzsuchende aufrüstet“ ist

noch bis Ende des Monats im Lichthof des Berufskollegs zu sehen.

■ Es handelt sich um ein Kooperationsprojekt von Pro Asyl, Pax Christi (Internationale katholische Friedensbewegung) und EAK (Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden).